Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10562

29. 04. 98

Antrag

der Abgeordneten Bodo Seidenthal, Edelgard Bulmahn, Klaus Barthel, Tilo Braune, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Enders, Lothar Fischer (Homburg), Stephan Hilsberg, Lothar Ibrügger, Horst Kubatschka, Doris Odendahl, Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnes, Reinhard Weis (Stendal), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Strategische Neuorientierung der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

daß der Vorschlag für das Fünfte Rahmenprogramm über eine bloße Fortschreibung der bestehenden Forschungsförderung hinausgeht. Insbesondere unterstützt der Deutsche Bundestag die Kommission in ihrem Bemühen, sich auf eine Reihe von grundlegenden Entwicklungen einzustellen. Hierzu zählen vorrangig die Frage der Beschäftigung – als Hauptsorge der europäischen Bürger – und die wachsenden Ansprüche der Gesellschaft im Hinblick auf Lebensqualität, Umwelt und Gesundheit. Darüber hinaus begrüßt der Deutsche Bundestag die von der Kommission vorgesehene stärkere Verknüpfung des Rahmenprogramms mit EUREKA und den COST-Programmen.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die politischen und administrativen Strukturen der EU sind derzeit nur begrenzt in der Lage, den an sie gestellten Anforderungen der Forschungs- und Technologiepolitik gerecht zu werden. Die Entscheidungsfindung ist langwierig, ihre Ergebnisse bestehen häufig aus unbefriedigenden Kompromissen, und die administrative Umsetzung der Entscheidungen ist schwerfällig. Solche Strukturen sind im Bereich von Forschung, Technologie und industrieller Wettbewerbsfähigkeit ein besonderes Problem. Denn die Wettbewerbsfähigkeit von Industrien hängt in technologieintensiven Branchen zunehmend davon ab, daß es den Unternehmen gelingt, Entwicklungszeiten und Produktzyklen zu verkürzen, knappe Ressourcen auf Gebiete von strategischer Bedeutung

zu konzentrieren sowie rasch und flexibel auf neue technologische Möglichkeiten und ökonomische Anforderungen zu reagieren.

Aufgrund dieser Defizite fällt es der EU unter den gegebenen Bedingungen oft schwer, die umfangreichen Kompetenzen in der Technologiepolitik, die sie inzwischen vertraglich besitzt, auch effektiv wahrzunehmen. Die Konsequenz darf jedoch keine Rückverlagerung von Aufgaben und Zuständigkeiten auf die Mitgliedstaaten sein. Vielmehr gibt es eine ganze Reihe von guten und zwingenden Gründen für eine intensive europäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung moderner Technologien. Beispiele sind

- gesellschaftliche und politische Fragestellungen von grenzübergreifendem Charakter (u. a. globale Umweltveränderungen und Klimafolgen, Meeres- und Polarforschung, neue Viruserkrankungen und Impfstoffe, die gemeinsame Nutzung aufwendiger wissenschaftlich-technischer Großgeräte),
- die Stärkung europäischer Kompetenz und Innovationsfähigkeit im weltweiten Wettbewerb als Voraussetzung für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Eröffnung neuer Beschäftigungschancen (so z. B. Mikroelektronik mit Blick auf neue Anwendungen in den Bereichen Multimedia, Verkehr und Produktion, Nanotechnik, Supraleitung, Biotechnologie und Biomedizin, Forschung und Entwicklung im Luft- und Raumfahrtbereich),
- die Unterstützung gemeinschaftlicher Politiken durch Forschung und Technologie (z. B. Vernetzung der nationalen Verkehrssysteme und effiziente Kombination der Verkehrsträger),
- die Entwicklung gemeinsamer Normen und Standards, um Neuerungen im gesamten Binnenmarkt eine Chance zu geben und von europäischer Seite auf weltweite Festlegungen Einfluß nehmen zu können (z. B. Multimedia-Anwendungen, Telekommunikation).

Deshalb muß es vorrangig darum gehen, die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit der EU in der Forschungs- und Technologiepolitik zu verbessern. Hierzu ist nicht nur eine strategische Neuorientierung der bisherigen Politik erforderlich, sondern gleichzeitig eine institutionelle Modernisierung.

Die thematischen Programme sind konzeptionell unterschiedlich tief durchdrungen. Während das Programm „Entwicklung einer nutzerfreundlichen Informationsgesellschaft" weitgehend durchkonzipiert ist, sind die Programme „Erforschung der biologischen und der Ressourcen des Ökosystems" sowie „Förderung eines wettbewerbsorientierten und nachhaltigen Wachstums" noch sehr heterogen und vage. Die im Programm dargestellte Verbindung von Umweltforschung und Lebenswissenschaften wird der Bedeutung beider Gebiete nicht gerecht. Dies gilt auch für das Thema Energie. So ist beispielsweise weder in der Beschreibung der Leitaktion noch im Bereich der zugeordneten FuE-Tätigkeiten die künftige Bedeutung der regenerativen Energien, besonders der Solarenergie erkennbar.

Die vordringlichen gesellschaftlichen Probleme am Übergang zum 21. Jahrhundert, sei es die Verbesserung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, die Beseitigung und Vermeidung ökologischer Schäden, die strukturelle Dauerarbeitslosigkeit und ökonomische Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen oder die dramatisch zunehmende Unterentwicklung weiter Teile unseres Globus können im nationalen Rahmen allein nicht mehr gelöst werden. Die Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit ist auf diesen Gebieten ein unverzichtbarer Bestandteil einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik.

III. Der Deutsche Bundestag hält folgende Maßnahmen zur strategischen Neuorientierung der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik für erforderlich:

1. Modernisierung von Institutionen und Verfahren

Die Auswahlverfahren müssen konsequent beschleunigt werden. Die oft schwerfällige Euro-Bürokratie behindert vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Eine wesentliche Voraussetzung für eine effiziente Umsetzung des Fünften Rahmenprogramms ist die Einsetzung eines modernen, angepaßten, wirksamen und transparenten Verwaltungsverfahrens. Dazu gehört, daß der Kommission die Hauptverantwortung für die Durchführung der Programme übertragen wird. Die Programmausschüsse sollten in ihrer Zusammensetzung und Struktur an die vier thematischen und horizontalen Programme angepaßt werden und sich inhaltlich mit koordinierenden, strategischen und normativen Fragen bei der Durchführung und Überwachung der Programme beschäftigen. Das Europäische Parlament muß hierbei entsprechend beteiligt werden. Zwingend ist auch die Ersetzung der Einstimmigkeit bei der Verabschiedung des Rahmenprogramms durch eine qualifizierte Mehrheitsentscheidung, wie im Vertrag von Amsterdam vorgesehen.

2. Konzentration auf strategische Ziele

Bei der Ausgestaltung der europäischen Forschungspolitik geht es vor allem darum, eine möglichst effiziente Arbeitsteilung zwischen gemeinschaftlicher und nationaler Forschungs- und Technologiepolitik zu finden. Die europäische Forschungsförderung muß konsequenter als bisher auf Probleme und prioritäre Forschungsaufgaben europäischer Dimension ausgerichtet werden. Fachliche Breite ist weder ein wünschenswertes noch ein erreichbares Ziel. Geboten ist eine Konzentration auf strategische Ziele und Forschungsschwerpunkte, die eine europäische Zusammenarbeit erfordern. Der Vorschlag der Kommission läßt noch keine Reduktion der Förderbereiche erkennen. Die fachliche Breite des Rahmenprogramms muß deutlich gestrafft werden. Dazu ist eine Verringerung der Anzahl der Arbeitsthemen und eine Reduktion der Bandbreite der spezifischen Programme erforderlich.

3. Transparente Vorbereitung von Task-Forces-Themen

Da die geförderten Themen immer öfter die Abgrenzungen zwischen den einzelnen Generaldirektionen überschreiten, ist die Bildung von „Task Forces" als Koordinierungsinstrument sinnvoll. Zur Vorbereitung von Task-Forces-Themen muß jedoch ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren entwickelt werden, um die Mitwirkung der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Dazu gehört neben der Beteiligung von Wissenschaft und Wirtschaft auch eine angemessene Beteiligung von Bürgern und Verbänden.

4. Stärkung sozialer Innovationen

Das Hauptproblem der europäischen Unternehmen ist nicht in erster Linie die Höhe ihrer FuE-Ausgaben, sondern vielmehr ihre unzureichende Fähigkeit, ihre Forschung und technologische Entwicklung in Erfindungen und ihre Erfindungen in Marktanteile und Gewinne umzusetzen. Die Folge ist eine deutliche Kluft zwischen den Anstrengungen Europas in der Grundlagenforschung und den zugehörigen FuE-Investitionen einerseits und den Ergebnissen auf dem Gebiet der Innovation und der Wettbewerbsfähigkeit andererseits.

Verantwortlich für diese Innovationslücke ist nicht zuletzt die weitestgehende Vernachlässigung sozialer Innovationen in den europäischen Förderprogrammen und den sie flankierenden Politiken. Bei der Ausschöpfung der Anwendungsmöglichkeiten moderner Technik sind Investitionen in die Qualifikation der Beschäftigten, neue Formen der Arbeitsorganisation, neue Produktionskonzepte und neue Managementformen von erheblicher Bedeutung. Innovation ist nicht nur ein technischer Vorgang, sondern ein sozialer Prozeß.

5. KMU-Förderung

Die besondere Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) innerhalb des Innovationsprozesses und bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist allgemein anerkannt. Die Bedingungen für ihre Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen sowie ihr Zugang zu den Ergebnissen ist allerdings nicht optimal. Nötig ist die Weiterentwicklung spezifischer Instrumente für die KMU-Förderung. Um die Forschungskooperation innerhalb der EU zwischen KMU zu erleichtern, muß das Mobilitätsprogramm für KMU-Forschungspersonal geöffnet werden. Bei der Gewinnung von Kooperationspartnern und bei der Antragstellung benötigen KMU spezielle Unterstützung.

6. Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit

Zahlreiche Technologiestudien belegen, daß sich Innovationen immer häufiger an den Grenzbereichen verschiedener Wissenschaftsdisziplinen ergeben. Die Zahl der Bereiche in Forschung und Technik, die ihre Autonomie verlieren, nimmt zu. Wir erleben heute, daß der Mathematiker ein Biologiebuch zur Hand nimmt,

um neue „evolutive" mathematische Methoden zu erarbeiten, um so das Strömungsverhalten von Turbinen vorherzusagen. Informatiker und Ingenieure wollen von der Natur lernen, wie man fehlertolerante Computer baut usw. Die Instrumente zum Zusammenfügen unterschiedlichen Know-hows fehlen heute oft noch. Sie müssen europaweit organisiert und gefördert werden.

7. Öffnung für Drittstaaten

Die Einbeziehung außereuropäischer Partner in Forschungs- und Technoloieprojekte sollte künftig in allen Programmen unbürokratisch möglich sein. Die beteiligten europäischen Partner sollten selbst prüfen, wann weltweite Kooperation für sie von Vorteil ist.

Soweit es um die Unterstützung anderer Staaten durch die EU in Forschung und Technologie geht, sind die Möglichkeiten des Forschungsrahmenprogramms begrenzt. Deshalb kommt es darauf an, Fonds zur Unterstützung wichtiger Länder und Regionen, wie der mittel- und osteuropäischen Staaten, der südlichen Mittelmeeranrainer und der Entwicklungs- und Schwellenländer, auch für „technische Hilfe" in Forschung und Entwicklung zu nutzen, mit dem Ziel, ihre Fähigkeit zu partnerschaftlicher Kooperation zu fördern.

8. Finanzielle Ausstattung

Am Ziel, für das Rahmenprogramm einen 6%igen Anteil am EU-Gesamtbudget bereitzustellen, muß festgehalten werden. Während Japan 3 % und die Vereinigten Staaten von Amerika 2,5 % ihres BIP in die Forschung investieren, stagnieren die Forschungsinvestitionen in der EU seit Jahren bei durchschnittlich 2 %. Die Steigerung ist sowohl im Hinblick auf die Erweiterung der EU als auch im Hinblick auf die angestrebte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ermöglicht, notwendig.

Bonn, den 29. April 1998

Bodo Seidenthal
Edelgard Bulmahn
Klaus Barthel
Tilo Braune
Ursula Burchardt
Wolf-Michael Catenhusen
Peter Enders
Lothar Fischer (Homburg)
Stephan Hilsberg
Lothar Ibrügger
Horst Kubatschka
Doris Odendahl
Dr. Edelbert Richter
Günter Rixe
Gudrun Schaich-Walch
Dieter Schanz
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Heinz Schmitt (Berg)
Dr. R. Werner Schuster
Dr. Peter Struck
Jörg Tauss
Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Reinhard Weis (Stendal)
Rudolf Scharping und Fraktion





Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333